



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

53. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

20. Januar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.15 Uhr bis 12.20 Uhr

Vorsitz: Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 2** **Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften sowie zur Errichtung einer Psychotherapeutenkammer**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4379

- Keine Diskussion.

- 3** **Stand der Verwaltungsstrukturreform in NRW aus der Sicht der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Ämter für Agrarordnung**

1

- Aussprache.

*) öffentlicher Teil s. APr 12/1489

4 **Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Zweites Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)**

Die Beratung wird vertagt.

5 **Anmeldung zum 28. Rahmenplan nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"**

Vorlage 12/3068

3

- Aussprache.

6 **Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes**

5

Vorlagen 12/3082 und 12/3135

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz nimmt Vorlage 12/3082 ohne Einwendungen zur Kenntnis.

7 **Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der GO des Landtags zum Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen**

6

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/4445 und 12/4518

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz beschließt, am 17. Februar 2000, 13.00 Uhr, eine Anhörung durchzuführen. Auch besteht Einvernehmen bezüglich der Liste der anzuhörenden Sachverständigen.

- 8 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der GO des Landtags zum Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes 6**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4465

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz beschließt, am 16. Februar 2000 eine Anhörung durchzuführen. Bezüglich der Liste der anzuhörenden Sachverständigen besteht Einvernehmen.

- 9 Auswirkungen der gestiegenen Ölpreise auf den Gartenbau in Nordrhein-Westfalen 6**

- Bericht der Ministerin Bärbel Höhn.

- 10 Auswertung der Anhörung vom 27. Oktober "Auswirkungen der Wasserschutzgebietsentwürfe der Bezirksregierung Köln auf Umwelt/Wasserschutz und Landwirtschaft" 8**

Vorlage 12/3150

- Kurze Aussprache.

- 11 Arbeit und Aufgabenbewältigung der Jugendwaldheime 11**

An den Bericht der Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine Aussprache an.

12 Umsetzung der FFH-Richtlinie in NRW

14

- Bericht der Ministerin, Aussprache

Wenn das Gebiet nicht gemeldet würde, könnte jemand mit einer vollkommen anderen Nutzung kommen, die der FFH-Verträglichkeitsprüfung unterliegen würde. Eine Genehmigung sei nicht automatisch auf jede andere Folgenutzung übertragbar. Es könne sein, dass man die Gebiete gegebenenfalls melden müsse - allerdings mit dem klaren Bewusstsein, dass derjenige, der eine gesetzliche Genehmigung habe, sie dann auch ausführen könne. Das sei eine rechtliche Frage, die von den Vertragsunterzeichnern noch geklärt werden müsse.

Ergänzung des Ausschussprotokolls 12/1439 vom 25.11.1999

Auf Wunsch der **Silke Mackenthun (GRÜNE)** wird die Diskussion zu

**TOP 6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
 Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz
 2000)**

zu zwei Punkten ausführlicher wiedergegeben:

Albert Leifert (CDU) erläutert die von der CDU-Fraktion eingereichten Änderungsanträge, **Kapitel 10 020 - Titel 531 11 - Öffentlichkeitsarbeit** - solle zugunsten der Erstellung eines Gutachtens "Wiederansiedlung eines Zellstoffwerkes in Nordrhein-Westfalen", das insbesondere für die Rohstoffbereitstellung Lösungswege aufzeigen solle, um 200.000 DM gekürzt werden.

Bezüglich **Kapitel 10 260 - Landesforstverwaltung - Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter** - beantrage die CDU-Fraktion, die kw-Vermerke für 24 Stellen des gehobenen Dienstes zum 1. Januar 2000 fallen zu lassen. Er weise darauf hin, dass die 12 mit kw-Vermerken versehenen Stellen im Zuständigkeitsbereich der Landwirtschaftskammer ebenfalls gestrichen werden sollten.

Silke Mackenthun (GRÜNE) spricht sich dagegen aus, den Ansatz Öffentlichkeitsarbeit zu kürzen. Gerade in der Region Ostwestfalen-Lippe spiele die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Regionale EXPO 2000 eine große Rolle. Sie verweise auf das Projekt "Dorf der Zukunft". Das müsse weiter vorangebracht werden. Bei dem Dorffestival, das in Böckendorf stattfinden solle, betrügen die Kosten alleine 100.000 DM. Im Jahre 2000 sei ein erhöhtes Maß an Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

Was die kw-Vermerke angehe, so sei bereits eine Lösung gefunden worden. Insofern erscheine es nicht mehr notwendig, formal einen Antrag dazu zu beschließen.

Der Ausschuss sollte allerdings ein deutliches Signal setzen, wonach er die Haltung der Regierung in diesem Punkt begrüße und es für wünschenswert halte, dass diese Stellen langfristig gesichert seien.

Horst Steinkühler (SPD) geht davon aus, dass sich die Streichung der kw-Vermerke bei den 24 Stellen durch den Kabinettsbeschluss erledigt habe. Ob der Ausschuss heute einen Beschluss fassen müsse, wisse er nicht. Das könne man im Rahmen der weiteren Beratungen herüberbringen.

Was den Antrag zur Öffentlichkeitsarbeit angehe, so werde dieser Antrag eben immer von der Opposition gestellt. Früher hätten sogar die GRÜNEN eine Kürzung dieses Bereiches beantragt.

Friedrich Schepsmeier (SPD) kommt auf das Festival der Dörfer in Ostwestfalen-Lippe zurück. In Böckendorf gebe es nach seinem Kenntnisstand bisher ein Finanzierungsloch von 100.000 DM und keine Zusage aus dem Ministerium. Er frage den Staatssekretär, ob vorgesehen sei, dass das MURL an der Stelle einsteige. Das wäre von erheblicher Bedeutung. Das Ganze laufe unter dem Dach der Expo-Initiative in OWL. Die Marketinggesellschaft habe den Dörfern mitgeteilt, dass man diese 100.000 DM selber tragen müsse. Nun seien die Dorfgemeinschaften bei den Projekten selbst schon stark belastet, sodass sie große Probleme hätten, an der Außendarstellung finanziell auf diese Weise mitzuwirken. Er bitte um eine Stellungnahme seitens der Landesregierung.

In seinem Wahlkreis Stockhausen seien Mittel aus dem MASSKS in Höhe von 1 Million DM zur Verfügung gestellt worden. Vom MURL sei bisher nichts gekommen. Es entstehe eine Finanzierungslücke von 100.000 DM. Er frage, ob man nicht behilflich sein könne, damit die Restmittel für wichtige Projekte noch zustande kämen. Das MURL habe sich gerade in der Vergangenheit stark engagiert, sei werbend eingetreten und habe die Dörfer unterstützt. Es sollte Anerkennung für das zeigen, was dort bewegt worden sei, indem zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Horst Steinkühler (SPD) bezweifelt, dass ein Gutachten zum Thema Zellstoffwerk weitere Erkenntnisse bringe. Er erinnere sich daran, dass das Wirtschaftsministerium und das MURL gemeinsam etwas erarbeiten lassen wollten. In der letzten gemeinsamen Sitzung sei gesagt worden, dass wohl noch eine Sitzung stattfinden werde, dass dann aber eine Entscheidung getroffen werden müsse. Ob man das mit einem neuen Gutachten beschleunigen könne, sei fragwürdig.

Albert Leifert (CDU) unterstreicht, bei dem Gutachten gehe es hauptsächlich um die Logistik. Bei dem Zellstoffwerk sei die Logistik ja das A und O für die Wirtschaftlichkeit.

Zu den kw-Vermerken: Der Ausschuss spreche nun über einen Entwurf, der ihm vorliege. Darin stünden die kw-Vermerke noch. Er begrüße es, wenn das Kabinett eine andere Entscheidung getroffen habe. Nun sollten die anderen Fraktionen dem CDU-Antrag zustimmen. Dieses Zeichen werde vom Haushalts- und Finanzausschuss benötigt, damit er die Intention des Fachausschusses kenne. Der vorliegende Entwurf enthalte noch die kw-Vermerke.

Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD) merkt an, bevor nicht die Grundsatzentscheidung Errichtung eines Zellstoffwerkes aus wasserwirtschaftlicher Sicht getroffen sei, brauche man keine Logistikuntersuchung. Sollte man zu einer andern positiven Entscheidung kommen, dann könne man die Mittel immer noch einstellen. Man sollte keine Haushaltsmittel für Dinge binden, die sowieso nicht gemacht würden.

Silke Mackenthun (GRÜNE) erklärt, sie habe kein Problem, einem Antrag der CDU zuzustimmen, wenn er richtig sei. Sie finde nun in dem CDU-Antrag einen Ansatz in Höhe von 30.550.000 DM.

Sie meine, man müsse im Haushaltsplanentwurf nur die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 streichen. Seit Dienstag sei klar, dass die kw-Vermerke in der endgültigen Vorlage des Kabinetts gestrichen würden. Nun renne der Ausschuss hinterher. Wichtig wäre es, einen Beschluss zu fassen, dass der Ausschuss die Herausnahme der kw-Vermerke über die 24 Stellen begrüße und für die Zukunft so halten wolle.

Albert Leifert (CDU) schlägt vor, die Begründung des CDU-Antrages zu streichen. Dann müssten nur noch die Vermerke Nr. 1 und Nr. 2 gestrichen werden.

Heute werde ja nicht über eine Kabinettsvorlage diskutiert, sondern über den Entwurf des Haushaltsplans. Der Fachausschuss müsse festhalten, dass er die kw-Vermerke gestrichen sehen wolle. Wenn das Kabinett das beschlossen habe, sei das zu begrüßen. Das habe aber nichts mit der Beschlussfassung des Ausschusses zu tun.

Horst Steinkühler (SPD) unterstreicht, der Beschluss des Kabinetts werde in der Ergänzungsvorlage stehen. Von daher wäre es ausreichend, wenn der Ausschuss zu Protokoll gäbe, dass er es begrüße, dass die Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 23. November beschlossen habe, die kw-Vermerke aufzuheben, was einer entscheidenden Forderung des Ausschusses entspreche.

Albert Leifert (CDU) entgegnet, der Ausschuss habe nichts zu begrüßen. Hier sei man Parlament und nicht Regierung. Seine Fraktion werde ihren Antrag aufrechterhalten. Die Begründung solle allerdings aus dem Antrag herausgestrichen werden. Er beantrage, die Ziffern 1 und 2 unter den Vermerken zu streichen.

Vorsitzender Heinrich Kruse bekräftigt, dass sei von der Systematik her richtig. Man dürfe hier keine Vermischung zwischen Exekutive und Legislative vornehmen. Hier werde über den Haushaltsplan diskutiert.

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) teilt mit, dass das Kabinett in seiner Sitzung am Dienstag eine Ergänzungsvorlage des Haushaltes beschlossen habe. Dabei sei beschlossen worden, die 24 Stellen und die jeweils 12 Stellen bei den Kammern nicht kw zu stellen.

Aus seiner Sicht stelle sich die Situation so dar, dass ein förmlicher Änderungsantrag zu diesem Haushalt ins Leere laufe. Aufgrund der Ergänzungsvorlage werde es einen geänderten, einen ergänzten Haushalt geben. Im Kern der Anträge gehe es doch darum, sie im Plenum zu beraten. Ein solcher Antrag käme ja gar nicht mehr ins Plenum, weil er durch die zwischenzeitliche Beschlussfassung über die Ergänzungsvorlage überholt sei.

Die Ergänzungsvorlage liege dem Ausschuss nicht vor, erwidert **Vorsitzender Heinrich Kruse**. Er nehme zur Kenntnis, was der Staatssekretär gesagt habe. Die Vorlage liege aber nicht vor.

Albert Leifert (CDU) hält an seinem Antrag fest. Hier gehe es um eine Beschlussempfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Er entscheide letztendlich darüber. Wenn er zusätzliche Vorlagen vom Kabinett bekomme, werde er darüber zusammen entscheiden. Der Fachausschuss sollte allerdings seine Stimme dazu erheben. Das sei der Antrag.

Horst Steinkühler (SPD) schlägt vor, dass der Ausschuss einvernehmlich beschließen solle, dass die im Haushaltsentwurf noch vorhandenen kw-Vermerke aufgehoben werden sollten.

Der Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Fraktion in Kapitel 10 260 - Forstverwaltung und Personalausgaben - die Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 2 ersatzlos zu streichen, wird einstimmig angenommen.

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) gibt an, im Bereich Öffentlichkeitsarbeit seien die Ansätze von 1999 auf 2000 nicht erhöht worden. Beide Ansätze seien nur überrollt worden. In der Gesamthöhe bewege man sich einem maßvollen Bereich.

Was die Mittel für das Dorffestival angehe, so bemühe sich das Ministerium um eine Förderung. Er habe bereits in der letzten Ausschusssitzung darauf hingewiesen. Er sei zuversichtlich.

Bezüglich des Zellstoffwerkes sehe die Landesregierung nicht die Notwendigkeit weiterer Gutachten. Ein Gutachten, das der Waldbauernverband zur Rohstoffmobilisierung erstellt habe, sei gefördert worden. Die Zwischenergebnisse seien gestern auf einer großen Veranstaltung in Werl vorgestellt worden. Die Endergebnisse würden im nächsten Jahr erwartet.

Fazit der Untersuchung sei es, dass es eigentlich kein Rohstoffproblem gebe. Das Problem sei nach wie vor der fehlende Investor. Unverzüglich nach der letzten gemeinsamen Ausschusssit-

zung habe er mit einem Vorstandsmitglied von STORA ENSO gesprochen und gefragt, ob dort konkrete Investitionsabsichten bestünden. Man habe ihm postwendend erklärt, dass keine konkreten Investitionsabsichten bestünden, sodass man nach wie vor davon ausgehen müsse, dass keine Investitionsbereitschaft vorhanden sei.

gez. Heinrich Kruse

Vorsitzender

20.03.2000 / 22.03.2000

430